

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL. KL. 2971 - 2974. FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 17. Juni 1969

Blatt 1673

Stadträtin Jacobi - Präsidentin der "Wiener Pensionistenheime"
=====

17. Juni (RK) In der heute unter Vorsitz von Bürger-
meister Bruno Marek abgehaltenen Stadtsenatssitzung wurden
die zwölf Mitglieder des Vorstandes des Kuratoriums "Wiener
Pensionistenheime" bestellt. Die Vorschläge der beiden im
Stadtsenat vertretenen Parteien wurden einstimmig angenommen.
Diese lauten:

SPÖ: Stadtrat Maria Jacobi, Gemeinderat Gawlik, Gemein-
derat Hans Mayr, Gemeinderat Herbert Mayr, Gemeinderat Maria
Szöllösi, Primarius Dr. Doberauer, Obermagistratsrat Doktor
Drapalik und Chefarzt Dr. Tuchmann.

ÖVP: Stadtrat Dr. Glück, Gemeinderat Dr. Marga Hübinek,
Gemeinderat Lehner und Gemeinderat Dr. Macher.

Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi wurde zur Präsidentin
bestellt.

- - -

Wiener Festwochen 1969
 =====

Das Programm für Donnerstag, 19. Juni

Theater:

Burgtheater: Johann Nestroy: "Einen Jux will er sich machen"

Akademietheater: August Strindberg: "Wetterleuchten"

Theater an der Wien: Gastspiel des City Center Joffrey Ballet,

New York: "Sea Shadow", Musik Michael Colgrass

"Moves"

"Pas des Déesses" Musik John Field

"The Clowns" Musik Hershy Kay

Staatsoper: W.A. Mozart: "Die Entführung aus dem Serail"

Volksoper: Richard Strauss: "Intermezzo"

Theater in der Josefstadt: Harold Brighouse: "Herr im Haus bin
ich"

Volkstheater: Fedor Michailowitsch Dostojewskij: "Raskolnikoff"

Kammerspiele: Hugh u. Margaret Williams: "Scheidung auf englisch"

Raimundtheater: Franz Lehár: "Giuditta"

Wiener Kammeroper: "Wenzel Müller: "Die Schwestern von Prag"

Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus: Peter Handtke:

"Kaspar"

Theater der Courage: "Jean-Loup Dabadier: "Die scharlachrote
Familie"

Theater die Tribüne: "Gefangene"

Ateliertheater am Naschmarkt: Jacques Audiberti: "Schilderhaus"

Studio Theater am Belvedere: "Der Mann im Mond"

Die Komödianten, Theater am Börseplatz: Federico Garcia Lorca:

"Die wundersame Schustersfrau"

Musik:

19.30 Uhr Konzerthaus, Schubertsaal

Wiener Schule-Zyklus, 4. Kammermusikabend LaSalle-

Quartett: Schönberg, 3. Streichquartett, op. 30/

Berg, Lyrische Suite für Streichquartett

Musik in der Kirche

20.00 Uhr Pfarrkirche Maria Treu

Orgelkonzert Heinz Lohmann

Werke von Reger, Bach, Franck

./.

Bezirksveranstaltungen2. Bezirk:

19.30 Uhr Städtische Bücherei, 2, Zirkusgasse 33
 DICHTERSTUNDE
 Ferdinand Sauter, ein Fast vergessener Wiener
 Es spricht und liest Leo Schindler Eintritt frei

5. Bezirk:

20.00 Uhr Hof des Altwiener Hauses, 5, Schloßgasse 15
 bei Schlechtwetter Freitag, den 20. Juni um 20 Uhr.
 Sollte an diesen Tag neuerlich Schlechtwetter sein,
 dann im Festsaal der Bezirksvertretung im Amtshaus
 5, Schönbrunner Straße 54
 UNTERHALTUNGSABEND "Rendezvous der Wiener Lieder-
 komponisten". Es sind anwesend: Franz Grohner,
 Bruno Hauer, Willy Jellinek, Edwin Kölbl, Hans Lang,
 Karl Randweg, Heinrich Strecker, Hans Weiner-Dill-
 mann, Karl Zaruba. Es singen: Elfi Friedrich, Duo
 Czapek, Irma Richter, Walter Heider. Es konferieren:
 Paul Bek, Ernst Track. Klavier Leopold Kubanek (ORF)
 Leitung: Hans Kres. Karten zu S 10.-, S 14.- u. S 17.-
 Schloßgasse 15 und Bezirksvorstehung, 5, Schönbrun-
 ner Straße 54

19.00 Uhr Festsaal der Bezirksvertretung im Amtshaus, 5,
 Schönbrunner Straße 54
 MUSIKABEND "Jugend musiziert"
 Mitwirkende: Schüler der Musikschule Margareten
 Leitung: Prof. Rudolfine Popp. Karten zu S 10.-
 und S 15.- Musikschule, 5, Bräuhausgasse 50

6. Bezirk:

19.30 Uhr Haus der Begegnung, Klubsaal, 6, Königseggasse 10
 OSR Richard Petrzcik, Kustos des Mariahilfer
 Heimatmuseums: "Mariahilfer Straßennamen erzählen
 von bedeutenden Menschen"
 Vortragsabend mit Lichtbildern und Musibeispielen
 Eintritt frei

8. Bezirk:

18.30 Uhr

8, Lange Gasse 34

ALT-WIENER ABEND

Wiener Lieder von Hans Zajicek, Komponist und
Textdichter aus der Josefstadt. Mitwirkende:
die Zaruba-Schrammeln, Irma Richter und Walter
Heider, Gesang. Conférence: Josef Menschik.

Eintritt S 10.-

15. Bezirk:

18.00 Uhr

Halle des Wiener Westbahnhofes

PROMENADENKONZERT

Leitung: Kapellmeister Karl Käfer

16. Bezirk:

19.30 Uhr

Festsaal des Amtshauses, 16, Richard Wagnerplatz 19

HAUSMUSIK BEIM BEZIRKSVORSTEHER

Ausführende: Schüler der Musikschule der Stadt

Wien-Ottakring

Eintritt frei

18. Bezirk:

19.30 Uhr

Festsaal im Amtshaus, 18. Martinstraße 100

POESIE IN WÄHRING

Es liest: Ernst Meister

Am Flügel: Erika Dichler-Sedlacek

Eintritt frei

20. Bezirk:

20.00 Uhr

Festsaal des Dr. Adolf Schärf-Studentenheimes

20, Lorenz-Müller-Gasse 1

MUSIK KENNT KEINE GRENZEN

Unterhaltungskonzert des kleinen Wiener Unterhal-
tungssorchesters

Dirigent und am Klavier: Günther Kastner

Olga Warba, Sopran, Ernst Lintner, Tenor

Conférence: Willy Kralik

Bürgermeisterkongreß:"Verstädterung - Katalysator für die Gesamtentwicklung
eines Gebietes"

17. Juni (RK) Nach einer Begrüßungsansprache von Vizebürgermeister Felix Slavik, der auch die Vortragenden des heutigen Vormittages vorstellte, ergriff bei der ersten Plenarsitzung im Großen Festsaal des Wiener Rathauses der Vertreter des Instituts für öffentliche Verwaltung in Neu-Delhi Dr. J.N. Khosla das Wort. Sein Referat war den Problemen der Verstädterung gewidmet.

"Die Probleme der Verstädterung sind mehr oder minder auch Probleme der Entwicklungsländer beziehungsweise der Unterentwicklung in manchen Ländern. Die sozialen Veränderungen führen zu Spannungen, diese Spannungen müssen vor allem in den Gemeinden abgebaut werden. Das Abwandern der ländlichen Bevölkerung in die Städte bringt Probleme mit sich, die von den Verwaltungsapparaten abgefangen werden müssen. Die Stadt-Analytiker untersuchen hier, ob es ein Hinausdrängen aus den Städten gibt, oder eher einen Kreislauf mit Anziehungspunkten. Ich spreche hier für den indischen Kontinent und muß gestehen, daß bei uns die Probleme von der Seite der Stadt her gelöst werden. Es ist jedoch nur ein Milderungsmittel und bringt keine echte Lösung. Die Stadt ist das Herz eines Komplexes, Teil einer organischen Einheit und als solches muß sie auch die aus der Verstädterung herrührenden Probleme angehen.

Es liegen uns Studien vor, nach denen die Verstädterung bis zum Jahre 1980 auf 54 Prozent der Gesamtbevölkerung angewachsen sein wird. Zu Beginn dieses Jahrhunderts waren es zwischen fünf und acht Prozent! Diese Zahlen beziehen sich auf Indien und seine unmittelbaren Nachbarn mit Ausnahme Chinas. Die Schnelligkeit der Verstädterung ist aber nicht überall gleich. Um 1950 etwa beziehen sich die Zahlen auf Städte von einer Größe von etwa 20.000 Einwohnern. In den Entwicklungsländern hingegen konzentrieren sich diese Verschiebungen auf einige wenige Millionenstädte.

Nach einer Studie der Vereinten Nationen lebt etwa die halbe Bevölkerung von unterentwickelten Ländern besonders in Asien und Afrika überhaupt noch ohne festen Wohnsitz. Schlechte Gesundheitsdienste, Probleme der Wasserversorgung und der Bodenverschmutzung sind da natürlich schwierig zu lösen. Eine wachstumsorientierte Lösungspolitik für städtische Probleme ist aber notwendig. Die Struktur der lokalen Verwaltung wächst leider nicht so schnell wie es im Interesse der kommunalen Bevölkerungsexplosion notwendig wäre. Mangelnde Wirksamkeit und Trägheit sind die Hauptkriterien. Höhere Regierungsniveaus müssen den kommunalen Behörden Mittel und Machtfülle in die Hände geben, um hier Probleme effektiv lösen zu können. Die Kommunalen ersticken sozusagen in den kleinen Alltagsproblemen, wo es doch regionaler Unterstützung bedürfte, um Maßnahmen zum Erfolg führen zu können!

Um eine wohl ausgewogene Entwicklung des Stadtgebietes zu erreichen, muß man technische, wirtschaftliche und humanitäre Probleme unter die gleiche Lupe nehmen. Das Stadtgebiet ist ja ein Schmelztiegel von Interessen, das wichtigste Ziel wäre daher, eine Homogenität der Anschauungen der neuen Stadtbevölkerung zu erreichen. Die soziale Kontrolle über die Bürokratie ist dabei ebenso notwendig wie ein Netz freiwilliger Hilfsdienste zur Unterstützung der Stadtverwaltung. Das chaotische Wachstum am Stadtrand kann nur durch Planung und zwar rechtzeitige Planung verhindert werden. Wir unterentwickelten Länder lernen dabei von den hochindustrialisierten. Immer wieder aber geht es um die Anteilnahme zwischen Stadt und Land und umgekehrt. Wir haben zum Beispiel ein Komitee zur Beobachtung der Probleme zwischen ländlicher und Stadtbevölkerung. Und hier wurde gesamt menschlich gewertet. Was meiner Meinung nach allein die Voraussetzung zur Beseitigung von Übelständen schafft. Verstädterung ist der Katalysator für die Gesamtentwicklung eines Gebietes. Sie hat auch ihr Gutes.

Ein weiteres Hauptziel soll es sein, die Bevölkerung räumlich richtig zu verteilen. Eine Raumordnung ist daher zu erstellen. Die Einheitskosten für das Wachsen der Infrastruktur hinsichtlich der Kosten von Investitionen sind bei Gemeinden

von etwa 30.000 Einwohnern auf der ganzen Welt gleich. Und damit komme ich zum Schluß: IULA ist mehr als ein Kongreß, IULA ist eine Geisteshaltung. Wenn wir diese Geisteshaltung beibehalten, können wir Probleme, die uns doch letztlich alle gemeinsam angehen, gemeinsam lösen."

Der Redner brachte im Anschluß seines Vortrages die Forderung vor, mehr spezifisches Lokales in Seminaren abzuhalten und diese Seminare in Entwicklungsländer zu verlegen, da man dort die Probleme hautnah zu spüren bekäme. Den Gewinn und Nutzen aus so einem Seminar könnten für ihre Präventivplanung vor allem jene Gemeinden ziehen, bei denen die Bevölkerungsexplosion im Verstärkerprozeß schon knapp bevorsteht.

- - -

BürgermeisterkongreßEdgar Pisani:Zentralisierung eine Weltkrankheit
=====

17. Juni (RK) Mit scharfen Formulierungen wendete sich heute vormittag vor dem Plenum der frühere französische Landwirtschaftsminister Edgar Pisani gegen die "moderne Weltkrankheit" der Zentralisierung. Ihre Ursprünge liegen darin, daß durch das Aufkommen der elektronischen Datenverarbeitung der Bürokrat von gestern durch den Technokraten von heute ersetzt worden ist; dazu kommt, daß durch den Zweiten Weltkrieg und die damit verbundenen Notsituationen vieler Länder eine allgemeine Zentralisierung in den meisten Bereichen nötig war. Pisani meinte, ihm sei nur ein einziges Land bekannt, welches nach dem Krieg Gesetze zur Dezentralisierung der Verwaltung geschaffen habe, und dieses Land sei die Schweiz. Im übrigen sei das Phänomen der Zentralisierung allerorten im Vormarsch, und zwar erstaunlicherweise in bundesstaatlich aufgebauten Gebilden nicht weniger als in Einheitsstaaten.

Die Zentralisierung lasse - und das sei das schlimmste an ihr - durch die aus ihr entstehende Ohnmacht des Bürgers gegenüber der Verwaltung schließlich den Geist der Demokratie verkümmern. Dies in einem Zeitpunkt, da die öffentliche Hand immer mehr in das Privatleben eingreift, nicht zuletzt dadurch, daß sie immer mehr und größere Dienstleistungen zu übernehmen hat.

- - -

Bürgermeisterkongreß:Erster Arbeitskreis tagte
=====

17. Juni (RK) In der Arbeitsgruppe A, die der Finanz- und Wirtschaftspolitik des Staates und den Kommunalfinanzen gewidmet war, hielt der Generalsekretär des Internationalen Zentrums für Kommunalkredit, der Niederländer Vogel, das Eröffnungsreferat. Er beschäftigte sich mit der Auswirkung der Übernahme von Verpflichtungen der zentralen Obrigkeit hinsichtlich der wirtschaftlichen Wohlfahrt auf die Kommunalverwaltung.

"Unter diese Verantwortlichkeit der zentralen Obrigkeit für das wirtschaftliche Wohlergehen fallen die Bemühungen um Verbesserung der wirtschaftlichen Umstände bestimmter Gemeinden oder Gebiete. Daneben gibt es den etwas mehr abgesonderten Bereich der Konjunkturpolitik der Regierung. Die bei der Durchführung dieser Politik verfügbaren Instrumente können in zwei Gruppen zusammengefaßt werden: in monetäre Instrumente und nicht-monetäre Instrumente. In vielen Ländern machen die Ausgaben der Verwaltung 20 bis 25 Prozent der gesamten Staatsausgaben aus und, wenn man den Aufwand im kommunalen Sektor hinzuzählt, ergibt sich ein noch höherer Prozentsatz. Man muß aber berücksichtigen, daß mit den Obrigkeitssausgaben im allgemeinen auf kurze Frist nur in geringem Ausmaß manipuliert werden kann. Es ist sogar so, daß sie bei Inflationsdruck der steigenden Tendenz aller Ausgaben folgen werden und daher zur Intensivierung der inflationistischen Tendenz beitragen werden. Das gilt ebenso für die kommunalen Ausgaben.

Aber auch der Einfluß der Zentralbehörden auf den Steuerertrag der Kommunalsteuern ist in den meisten Ländern beträchtlich hoch.

Die konjunkturelle Regierungspolitik verlangt von den Gemeinden Mitwirkung bei der praktischen Durchführung von Maßnahmen um die Wirtschaft anzuregen oder "zu beruhigen". Was meistens verlangt wird ist, den Kapitalaufwand im allge-

meinen oder für spezielle Sparten (beispielsweise Wohnungsbau) zu steigern oder zu kürzen - oder von Finanzierung über mittel- oder langfristige Kredite abzusehen.

Die zentralen Organe können eine Einschränkung der Kapitalausgaben der Kommunalverwaltungen auch dadurch anstreben, daß sie allgemeine Bedingungen festsetzen, denen die von Gebietskörperschaften geschlossenen Verträge entsprechen müssen (Frankreich).

Von noch größerer Wichtigkeit sind die Maßnahmen, die die Regierungen in den meisten Ländern hinsichtlich der Finanzierung des Kapitalaufwands der Kommunalbehörden genommen haben. Zuschüsse oder Vorschüsse übergeordneter Organe ermöglichen es der Regierung, rasch und wirksam zu handeln. Dieses Mittel findet aber nur gelegentlich aus konjunkturellen Gründen Anwendung, da dieses Kapital häufig für die Ausführung von aus sozialen Gründen notwendigen Arbeiten beschafft wird. Die für die Kommunalverwaltungen zu schaffende Möglichkeit, an fremde Geldmittel zu kommen, ist häufiger ein Planziel wirtschaftlicher Maßnahmen geworden.

In fast jedem Lande spielt bei der Finanzierung der Gemeinden der Kapitalmarkt eine wichtige Rolle. Der Zugang zu diesem Markt ist für die Gebietskörperschaften in vielen Ländern Beschränkungen unterworfen. Diese können von der Regierung auch im Interesse ihrer Wirtschaftspolitik benutzt werden. (Hier führte der Vortragende eine Reihe von Beispielen an.)

- - -

Bürgermeisterkongreß

Kommunalfinanzen aus japanischer Sicht

=====

17. Juni (RK) Als nächster Redner nahm Sumio Okada vom Innenministerium in Tokio Stellung zu den Problemen. Er erörterte zunächst die relative Bedeutung der Finanzpolitik der Zentralregierung und die der Kommunalverwaltungen. "Wenn man die Mittel, die den Kommunalbehörden von der Zentralregierung gewährt werden, von ihren Ausgaben absetzt, wird der Gesamtbetrag der kommunalen Ausgaben etwa zweimal so hoch sein, wie der der Ausgaben seitens der Zentralregierung. Tatsächlich ist das Verhältnis der Gesamteinkünfte aus Kommunalsteuern zum Ertrag aus nationalen Steuern drei zu sieben, während die Zentralregierung etwa 54 bis 55 Prozent des nationalen Steuerertrags an die Kommunalbehörden weitergibt," führte er aus.

"Eine typische Methode der Zuteilung von Mitteln seitens der Zentralregierung an die Kommunalverwaltungen ist das System von Zuwendungen aus Steuererträgen nach Bedarf. Zweck dieses Systems ist die Sicherung der Einkünfte für die Kommunalverwaltungen und der Ausgleich von Unterschieden in der finanziellen Tragkraft einzelner Kommunalverwaltungen. Hier möchte ich betonen, daß die Einkünfte aus den Gemeindezuweisungen als die eigentlichen Einkünfte der Kommunalbehörden angesehen werden. In diesem Sinne unterscheidet die Gemeindezuwendung aus Steuererträgen sich deutlich von zweckgebundenen Subventionen, obwohl sie beide von der Zentralregierung gewährt werden. In dieser Hinsicht ist jedoch festzustellen, daß, während die Kommunalbehörden mit der Zentralregierung zusammenarbeiten, um Ausgleiche in der Konjunktur herbeizuführen, die Zentralregierung keine direkte Kontrolle über die Kommunalfinanzen ausübt. Ich führe tieferstehend einige Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Zentralregierung und Kommunalbehörden an.

Was Ihnen nun als ein für Japan charakteristisches Verfahren erscheinen möge, ist die Tatsache, daß die Regierung alljährlich die 'Vorausschau der Wirtschaftstätigkeit' und die "Grundlegende Einstellung zur Wirtschaftsführung" nach entsprechender Inachtnahme der Wirtschaftslage festlegt, das heißt ./. .

die Angabe der in dem kommenden Geschäftsjahr durchzuführenden Wirtschaftspolitik. Der Haushalt der Zentralregierung wird auf Grundlage der 'Vorausschau der Wirtschaftstätigkeit' und der 'Grundlegenden Einstellung zur Führung der nationalen Wirtschaft' erstellt. Hinsichtlich der Einkünfte und Ausgaben der Kommunalbehörden erarbeitet die Zentralregierung einen jährlichen Voranschlag der Gesamtsummen aus; aufgrund dieser Richtlinien erstellen die Kommunalbehörden ihren Haushalt und werden ihnen finanzielle Mittel gesichert.

Dieser Kommunalfinanzvoranschlag ist der 'Kommunalfinanzplan'. Die Zentralregierung unterbreitet diesen Plan dem Parlament und veröffentlicht ihn. Während der Plan für die Kommunalregierungen nicht bindend ist, lassen die letzteren sich doch davon leiten und richten im allgemeinen ihre Finanzverwaltung darnach aus. In diesem Sinn arbeiten nationales und kommunales Finanzwesen zusammen, um den Zielsetzungen der Nationalwirtschaft gerecht zu werden.

Durch diese Verfahrensweise kann die Zentralregierung einen starken Einfluß sowohl auf die Nationalwirtschaft wie auch auf die Kommunalfinanzen ausüben.

Überdies kann die Zentralregierung das Kommunalfinanzwesen durch ihre Ermächtigung beeinflussen, den Kommunalbehörden die Erlaubnis zur Aufnahme örtlicher Anleihen zu erteilen. Alljährlich erstellt die Zentralregierung das 'Schatzamtprogramm für Anleihen und Investitionen' nach dem die Regierungsmittel zugeteilt werden, wovon ein Teil zur Finanzierung von Gemeindegeldern eingesetzt wird. Die Zentralregierung entwirft einen detaillierten Plan von Gemeindegeldern für jeden einzelnen Ausgabenposten. Überdies müssen die Kommunalbehörden zur Aufnahme örtlicher Darlehen die Genehmigung seitens der Zentralregierung einholen.

In Japan bestehen über dreitausend öffentliche Körperschaften. Daher bestehen die Kommunalfinanzen, zusammen betrachtet, aus über dreitausend Kommunalfinanzeinheiten, die alle nach Inhalt und Umfang unterschiedlich sind. Es ist daher nicht angemessen, daß alle Kommunalverwaltungen einheitliche Maßnahmen im Einklang mit der Wirtschafts- und Steuerpolitik der Zentralregierung ergreifen. In dieser Hinsicht besteht

eine ganz bestimmte Grenze für die Aufgabe bei und Einflußnahme der Kommunalbehörde auf die Konjunktur. Daher können die Kommunalbehörden mit der Wirtschafts- und Steuerpolitik der Zentralregierung nur in dem Maße mitarbeiten, das ihnen durch die Inachtnahme ihrer eigenen Umstände gesteckt wird.

Während über die richtigen Beziehungen zwischen der Wirtschafts- und Steuerpolitik der Zentralregierung und dem kommunalen Finanzwesen verschiedene Auffassungen bestehen, haben die Kommunalbehörden in Japan bis jetzt mit der Zentralregierung zusammengearbeitet, indem sie in ihrer Finanzverwaltung der Wirtschaftspolitik der Zentralregierung Rechnung trugen. Diese Zusammenarbeit zwischen Zentralregierung und Kommunalbehörden wird auch in Zukunft aufrechterhalten werden.

- - -

Bürgermeisterkongreß:

Kosten- aber auch Einnahmenteilung zwischen Gemeinden und Staat
=====

17. Juni (RK) Abschließend hielt Direktor L.O. Johanson vom Finnischen Städteverband sein Referat mit dem Thema der Aufteilung des Sozialproduktes.

"Die deutlichsten Anzeichen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg sind in allen nichtsozialistischen Ländern die Erweiterung des Tätigkeitsfeldes des öffentlichen Sektors, also Staat und Gemeinde, gewesen. Diese Erweiterung des Tätigkeitsbereiches des öffentlichen Sektors hat sich in erster Linie auf die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung ausgewirkt. Dies tritt zum Beispiel darin zutage, daß der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände am Bruttosozialprodukt wesentlich schneller zugenommen hat als der Anteil des Staates. (Der Anteil des öffentlichen Sektors am Bruttosozialprodukt nahm in Finnland in den Jahren 1957-1967 von 9,8 auf 13 Prozent zu. Der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände vom Gesamtanteil des öffentlichen Sektors wuchs dabei von 53,5 auf 57,7 Prozent und vom gesamten Bruttosozialprodukt von 5,2 auf 7,5 Prozent.)

Untersuchungen zeigen aber, daß der Gemeindehaushalt bei der Übernahme eines ständig zunehmenden Anteiles der Ausgaben des öffentlichen Sektors einen verhältnismäßig größeren Anteil tragen muß als der Staat.

Nicht nur in Finnland sondern auch im allgemeinen anderswo dürfte das Anwachsen des kommunalen Haushaltes im Folgenden begründet sein:

für viele gänzlich neue große Investitionsaufwendungen, die durch neue gesetzliche Verordnungen vorgeschrieben werden;

ständig zunehmende Nachfrage nach den kommunalen Dienstleistungen, als eine Folge des gestiegenen Lebensstandards in allen Gemeindeformen festzustellen;

die durch die fortlaufend sich entwickelnde Kommunaltechnik gestellten Forderungen;

auf Bevölkerungsverdichtungen gerichteter Fluktuationsdruck;

./.

im Alters- und Berufsaufbau der Bevölkerung vorsichtigende Veränderungen, sowie

allgemein durch eine aktive Gesellschaftspolitik und das Erwerbsleben geforderte zunehmende Grundinvestitionen.

Mit der kommunalen Einkommensteuer werden heutzutage in Finnland etwa 50 Prozent aller Einkommen der Gemeinden aufgebracht. Da sich für die Gemeindesteuer auf jeden Fall eine sachliche Obergrenze abzuzeichnen scheint - man kann den Ertrag der Gemeindesteuer nur noch verhältnismäßig wenig steigern, um nicht die Grenze der äußersten Steuerzahlungsfähigkeit der Bürger zu überschreiten - ergibt sich die Frage, welche anderen und in erster Linie neuen Einkommensquellen für die Gemeinden gefunden werden können (Kfz-Steuer, kommunaler Anteil an der Treibstoffsteuer oder Anteil am Aufkommen aus der Umsatzsteuer usw.).

Bei der Betrachtung der Kostenaufteilungsfrage zwischen Staat und Gemeinden ergeben sich für die unmittelbaren Maßnahmen, mit anderen Worten die staatlichen Anteile und die staatlichen Zuschüsse (Einkommensüberschreibungen) eine zentrale Bedeutung. Sowohl in förmlicher als auch in sachlicher Hinsicht bedarf dieses System in Finnland einer schnellen Renovierung. In förmlichen Verfahren sind wir bei uns in einen solchen Urwald von Vorschriften geraten, daß es niemanden gibt, der dieses Gebiet beherrscht. Durch die Staatszuschußbestimmungen ist die kommunale Selbstverwaltung unnötig eingeschränkt und eine wirtschaftliche und effektive Durchführung der kommunalen Aufgaben erschwert. Eine Verbesserung in dieser Hinsicht ist bereits ins Blickfeld gerückt, denn wir werden eine einheitliche Vorschriftensammlung, das sogenannte Verfahrensgesetz, erhalten.

Die Durchführung einer materiellen Verbesserung in der gewünschten Form ist außerordentlich schwierig. Als erschwerend wirkt sich hierbei insbesondere die in Finnland noch immer bestehende Diskriminierung verschiedener Gemeindeformen aus (Städte, Kleinstädte und Landgemeinden), was bedeutet, daß die Stadtgemeinden sich in einer schlechteren Position befinden. Eine weitere Schwierigkeit liegt auch darin, daß die

Kostenaufteilung zwischen Staat und Gemeinden in gewisser Weise auf dem heutigen Status Quo insoweit eingefroren ist, als es völlig unmöglich scheint, auch nur die geringste Verbesserung der staatlichen Anteile zu erwirken. Diese teilweise außerordentlich starre Haltung macht die Erneuerung in vielen Fällen ziemlich hoffnungslos. Hingegen scheint bei uns die Staatsgewalt doch gewillt zu sein, innerhalb des kommunalen Sektors Veränderungen vorzunehmen. Die Folge dieses innerhalb des kommunalen Sektors vorgenommenen "Ausgleiches" ist jedoch die, daß die reicheren Gemeinden ärmere und in vielen Fällen sogar sonst völlig lebensunfähige Gemeinden subventionieren müssen. Ein solcher Ausgleich kann natürlich mit moralischen und ethischen Gesichtspunkten verteidigt werden, aber vom Standpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen, ist dies wirtschaftlich nicht zu vertreten und unvernünftig, insbesondere auch aus dem Grunde, daß die Gemeinden, welche von ihrem Anteil der Staatsunterstützung abgeben müssen, oft gerade stark anwachsende Bevölkerungszentren sind, welche dadurch selbst ständig vor neue wirtschaftliche Probleme gestellt werden.

Die sich verändernde Gesellschaft hat bereits die Gemeinde vor neue und völlig veränderte Forderungen und Tätigkeiten gestellt, aber dieser Druck wird sich offensichtlich verstärken. Aus diesem Grunde wird auch der kommunale Haushalt einem ständig zunehmenden Druck und einer ständig zunehmenden Belastung ausgesetzt. Die bestmögliche Koordinierung der staatlichen und kommunalen Aufgaben, die Koordinierung der Grundzüge der Kosten- und Einkommenspolitik ist zu einer unumgänglichen Notwendigkeit geworden. Ein besseres wirtschaftliches Gleichgewicht in der Ausgaben- und Kostenteilung zwischen Staat und Gemeinden könnte vielleicht dadurch erreicht werden, daß ein auf ausreichend hohem und autoritärem Niveau, von Staat und Kommunalverwaltung gemeinsam gebildetes Organ für die langfristige Wirtschaftsplanung gebildet wird, dessen Aufgabe es unter anderem sein würde, die Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden auf lange Sicht zu klären und im Zusammenhang damit die Art der Finanzierung der verschiedenen

17. Juni 1969

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1689

Aufgaben zu untersuchen. Gleichzeitig sollte auch überlegt werden, wie die Grundlagen für die Einkommenspolitik der Gemeinden dahingehend verstärkt werden könnten, daß diese besser den Forderungen der Gesellschaft an die Gemeinden entsprechen.

- - -

Bürgermeisterkongreß:Generalbericht vor dem Plenum
=====

17. Juni (RK) Heute vormittag legte Dr. A.H. Marschall in seiner Eigenschaft als Generalberichterstatter dem Plenum des XIX. IULA-Kongresses seinen Bericht in der Länge von 537 Druckseiten vor. Dieser Bericht ist die Auswertung von Antworten, die von Städten aus 33 Ländern auf einen Fragebogen gegeben wurden. Marshall bezeichnete das Elaborat als eine "einmalige Informationsquelle für Verwaltungsbeamte, Politiker und Gelehrte". Er kritisierte die Tendenz zur Reduzierung der Gemeinde-Autonomie, die dadurch entsteht, daß die Gemeinden ihre Tätigkeit nach dem Diktat der nationalen Wirtschaftslage entweder ausweiten oder einschränken müssen. Er regte an, daß die meisten Länder ihre Planung so umorganisieren sollten, daß sie erst nach einem ständigen Dialog zwischen der Zentralgewalt und der Gemeinde zu tatsächlichen Entscheidungen gelangt.

Die Rolle der Gemeinde in der Zukunft

Sehr klar formulierte der Generalberichterstatter seine Ansicht von der Wechselwirkung zwischen Zentralgewalt und lokaler Verwaltung: "Die Lehre, die ich aus all dem ziehe, ist, daß die Gemeinde heute notwendiger ist denn je. Je stärker die Zentralregierung oder andere höhere Behörden, desto größer der Bedarf nach starken Lokalbehörden. Je drückender der Einfluß der zentralen Überwachung, desto wichtiger ist es, eine örtliche Freiheit am Rande zu bewahren. Was wir brauchen, ist eine weitgehende Konformität und nicht eine blinde Uniformität. Die Gemeindebehörde wird der Apparat bleiben, der die Wünsche der örtlichen Gemeinschaft wiedergibt und auch für ihre Erfüllung sorgt. Sie ist die gewählte Behörde, die dem Volk am nächsten steht."

Bürgermeisterkongreß:Die kommunalen Steuern in Deutschland
=====

17. Juni (RK) Vor dem Arbeitskreis B (Entwicklung der kommunalen Steuern) referierte heute Dr. B. Weinberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetages, über die Situation der kommunalen Steuern in der Bundesrepublik Deutschland. Die bedeutendste Gemeindesteuer ist die Gewerbesteuer, der die deutschen Gemeinden und die deutsche Wirtschaft einen guten Teil ihrer Aufwärtsentwicklung in den letzten beiden Jahrzehnten verdanken. Der Redner zeigte auf, daß dieses System zwei große Mängel habe: Es fehle nicht nur die unmittelbare steuerliche Beziehung zwischen der Gemeinde und ihren Bürgern, sondern es werde durch den Umstand, daß das Gewerbe sowie Grund und Boden die wesentlichen Besteuerungsgrundlagen der deutschen Gemeinden sind, die große Verpflichtung der Gemeinden nicht berücksichtigt, angesichts der zunehmenden Motorisierung ihre Verkehrsstruktur völlig zu erneuern und ihr Straßennetz auf das Zeitalter der Vollmotorisierung umzustellen.

Die derzeit im Gange befindliche Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine Neuordnung der Finanzen bringen soll und deren Vorbereitungen im heurigen Sommer abgeschlossen sein sollen, setzt sich zum Ziel, ein ausgewogeneres Gemeindesteuersystem zu schaffen und den Anteil der Gemeinden am Steueraufkommen des Gesamtstaates zu erhöhen.

Darüber hinaus beginnen jetzt schon die Vorarbeiten für eine große Steuerreform in den Siebzigerjahren, und auf lokaler Ebene hofft man, daß die gerade jetzt entstehende Einkommensteuer-Beteiligung der Gemeinde dann in eine echte Gemeinde-Einkommensteuer umgewandelt wird.

Bürgermeisterkongreß:

Schweden: Gemeinden sind finanziell fast unabhängig
=====

17. Juni (RK) Die schwedische Staatsverfassung sichert den Gemeinden des Landes das Recht, eine allgemeine Einkommensteuer von ihren Bürgern einzuhoben. Mit dieser Feststellung charakterisierte vor dem Arbeitskreis B (Entwicklung der kommunalen Steuern) heute nachmittag Sten-Sture Landström, stellvertretender Direktor des schwedischen Kommunalverbandes, die Situation in seinem Land und folgerte daraus: "Diese Einkommensteuer ist die Grundlage der hohen Kommunalselbständigkeit in Schweden. Sie gibt schwedischen Kommunalverwaltungen vielleicht größere Unabhängigkeit, als man sie sonst irgendwo findet."

Die schwedischen Kommunen decken aus diesen Steuermitteln mehr als die Hälfte ihrer Ausgaben. Andere Einnahmen sind staatliche Zuschüsse (in den letzten Jahren steigend, derzeit rund 20 Prozent der Gesamteinnahmen) und Erträge aus dem Verkauf von Dienstleistungen.

Die Finanzprobleme der Kommunalverwaltungen werden vermutlich noch heuer Gegenstand einer Untersuchung sein, die eine Staatskommission im Auftrag des schwedischen Parlaments durchführen wird. Der Bericht dieser Kommission wird von den Kommunalbehörden mit großem Interesse erwartet, weil er für die Entwicklung der Kommunalsteuern von richtungsweisender Bedeutung sein kann.

- - -

Abschlußprüfung für blinde Betriebstelefonisten
=====

17. Juni (RK) Am Donnerstag, den 19. Juni, wird die Abschlußprüfung für blinde Telefonisten im Bundes-Blindenerziehungsinstitut, 1020 Wien, Wittelsbachstraße 5 (Telefon 24 45 67), stattfinden.

Der Stadtschulrat für Wien weist alljährlich auf diese Prüfung hin, um den blinden Telefonisten den Eintritt in das Berufsleben zu erleichtern.

Betriebe, die tüchtige Telefonisten suchen, mögen sich an die Direktion des Bundes- Blindenerziehungsinstitutes wenden.

- - -

Personalnachrichten
=====

17. Juni (RK) Der Wiener Stadtsenat hat heute den Oberveterinärarzt Dr. Walter Jurcik (MA 60) in die Dienstklasse VIII befördert und ihm den Titel Senatsrat verliehen. Der Stadtbaurat Dipl.-Ing. Augustin Lang (MA 37) wurde zum Oberstadtbaurat und die Amtsräte Friedrich Kadrnoska (MA 6) und Kurt Waiss (MD-Personaleinsatz) zum Oberantsrat befördert.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

17. Juni (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Erbsen 7 bis 8 S, Gurken 10 S je Kilogramm, Hauptsalat 2 S je Stück.

Obst: Ananaserdbeeren 14 S, Bananen 7 S, Kirschen 7 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Am Rande des Bürgermeisterkongresses
=====

17. Juni (RK) Während im Großen Festsaal bedeutungsvolle finanzielle Probleme diskutiert wurden, meldeten sich bei Bürgermeister Bruno Marek zahlreiche Vertreter ausländischer Delegationen an, um dem Wiener Stadtoberhaupt ihre persönliche Aufwartung zu machen. Aus der nordenglischen Grafschaft Chester kam Stadtrat Dewes in Begleitung einiger Kollegen und überbrachte dem Bürgermeister als Gruß der "Cheshire Cheese Federation" einen etwa vier Kilogramm schweren Laib echten bodenständigen Bauernkäses. Er berichtete dem Bürgermeister, daß es in seiner Heimat möglich sei, pro Joch Land so viel Futter für Kühe zu gewinnen, wie dies nirgends auf der Welt möglich ist. Bürgermeister Marek und Stadtrat Dewes unterhielten sich im Verlauf einer angeregten Viertelstunde über das in der Grafschaft Chester außerordentlich rege Jagdleben. Abschließend erhielt der Vertreter aus England die Platte "Musik aus Wien" mit Werken von Franz Schubert und Johann Strauß.

Knapp darauf erschien der stellvertretende Bürgermeister der kanadischen Stadt Winnipeg, Slaw Rebchuk, der seinem Wiener Kollegen eine Menge Informationsmaterial über die von ihm verwaltete Stadt sowie eine etwa eineinhalb Zentimeter im Durchmesser große Wiedergabe des Stadtwappens in Gold überreichte. Bürgermeister Marek übergab dem Vertreter der Stadt Winnipeg, dessen Vater als Beamter in der österreichisch-ungarischen Monarchie tätig war eine Nachbildung des Wiener Stadtwappens.

Schließlich ließ sich der Präfekt von Saigon Dai-Ta-DO-KIEN-NHIEU zu seinem Antrittsbesuch melden und erklärte voll Begeisterung, wie schön er und seine gleichfalls in Wien weilende Gattin die österreichische Hauptstadt finden. Da er bedauerlicherweise sofort nach Abschluß des IULA-Kongresses weiterreisen muß, wollen er und seine Frau versuchen, von Paris noch einmal einen Abstecher nach Wien zu unternehmen. Bürgermeister Marek, der Wien als Stadt der Begegnung charakterisierte, in der sehr oft Gespräche für den Frieden und die Völkerverständigung stattfinden, erhielt das Stadtsiegel von Saigon und überreichte dem Präfekten dafür das von Wien.

Schweinehauptmarkt vom 17. Juni
=====

17. Juni (RK) Neuzufuhren Inland: 5051, davon 815 Durchläufer, Gesamtauftrieb 5051, verkauft alles.

Preise: extrem 16,10 bis 17,-, 1. Qualität 15,10 bis 16,-, 2. Qualität 14 bis 15, 3. Qualität 12,80 bis 13,90, Zuchten extrem 12 bis 12,80, Zuchten 11 bis 11,80, Alt-schneider 10 bis 11.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 27 Groschen je Kilogramm und beträgt 15 S.

Außenmarktbezüge in der Zeit vom 13. bis 17.6.1969 (ohne die Direkteinbringungen in die Bezirke) 1794 Stück.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 17. Juni
=====

17. Juni (RK) Auftrieb: 12 Stück, Herkunft: Nieder-österreich 3, Burgenland 8, Steiermark 1, verkauft als Schlachttiere 9, unverkauft 3.

Notierungen: Pferde extrem 14, 1. Qualität 10,50 bis 11,50, 2. Qualität 10, 3. Qualität 8,-.

Auslandsschlachthof: 29 Stück aus Jugoslawien, verkauft zum Preis von 10,90 bis 14,70.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde erhöhte sich um 46 Groschen je Kilogramm. Durchschnittspreis für Schlachtpferde 10,67.

- - -

Eine Wissenschaft, die sich erstaunlich entwickelt hat

17. Juni (RK) Die Teilnehmer des 4. Fortbildungskurses für klinische Anaesthesiologie, der zur Zeit im Institut für Anaesthesiologie der Universität Wien stattfindet, sind heute abend Gäste des Bürgermeisters im Hotel auf dem Kahlenberg. Anstelle des verhinderten Stadtoberhauptes begrüßte ein Vertreter die Wissenschaftler und betonte, daß sich das jüngste Zweigfach der Medizin, die Anaesthesiologie, in den letzten 20 Jahren erstaunlich entwickelt hat. Ursprünglich war es Aufgabe der Anaesthesisten, bei Operationen den Schmerz auszuschalten und die Technik der Narkose auszubauen. Heute sind es die Anaesthesisten, denen bei akut lebensbedrohenden Zuständen die entscheidende Rolle zukommt, wie beispielsweise bei einem Schock, einem Unfall oder die oft Wochen dauernde Betreuung tief Bewußtloser.

Ein Blick auf dieses Programm zeigt die Vielseitigkeit der Probleme, welche die Anaesthesisten bereits gelöst haben oder ihrer Lösung zuführen: die Organisation der Intensivpflege, die Narkose bei Patienten, die bei einem Unfall mehrere Verletzungen erlitten haben, die Probleme, die sich bei akuten Erkrankungen des Bauchraumes für den Anaesthesisten ergeben, wieweit das Alter eines Patienten ein Risiko für die Narkose bedeutet oder die heute sehr aktuellen Anaesthesieprobleme bei Nierentransplantationen. Nicht zuletzt geht es auch bei diesem Kongreß um die Anaesthesieprobleme in der Herzchirurgie und die technisch sehr schwierigen Anaesthesieverfahren bei angeborenen Mißbildungen bei Kindern.

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

In den morgigen Sitzungen des IULA-Kongresses werden die Arbeitskreise folgende Themen behandeln:

Die Finanzierung der kommunalen Investitionen (9.30 bis 12.30 Uhr, Wappensaal), Neue Methoden der finanziellen Verwaltung (9.30 bis 12.30 Uhr, Stadtsenatssaal). Am Nachmittag werden jeweils um 15 Uhr Sitzungen des Technischen Komitees (Grüner Salon) und des Statistischen Komitees (Roter Salon) stattfinden.

Um 19.30 Uhr gibt Bürgermeister Bruno Marek für alle Kongreßteilnehmer in den Repräsentationsräumen des Rathauses einen Empfang.

- - -

Durch die Wijug:

20.000 Kinder können auf Urlaub

=====

17. Juni (RK) Das Kuratorium des Fonds "Wiener Jugendhilfswerk" trat heute zu einer Sitzung zusammen, um über die Aufteilung der Beträge aus der in diesem Jahr durchgeführten Hausammlung und Lotterie des Wiener Jugendhilfswerkes sowie der Subventionen und des Zuschusses der Wiener Gebietskrankenkasse zu beschließen.

Die Aufteilungsquote für Freiplätze und Zuschüsse aus diesen Erträgnissen im Gesamtbetrag von 3,659.739 S wurde festgesetzt. Damit wird rund 20.000 Wiener Kindern der dem Wiener Jugendhilfswerk angeschlossenen Organisationen der verschiedensten politischen und konfessionellen Richtungen ein Erholungsurlaub in einem Heim oder in einer Tageserholungsstätte gewährt werden können.

- - -

Französische Kommunalpolitiker in Wien
=====

17. Juni (RK) Auch außerhalb des Bürgermeister-Kongresses beweist Wien seine Anziehungskraft für ausländische Kommunalpolitiker: Heute mittag traf eine Gruppe von französischen Kommunalfunktionären aus dem Departement du Nord zu einem Studienbesuch in Wien ein. Die Bürgermeister und Departement-Funktionäre repräsentieren eine Einwohnerzahl von 2,2 Millionen Menschen.

Im Namen des Wiener Bürgermeisters begrüßte heute Obersenatsrat Dr. Machtl, der Chef der Wiener Finanzverwaltung, die französischen Gäste bei einem Mittagessen im Rathauskeller. Der Bürgermeister von Roubaix, Provo, Präsident des Generalrates dieses Departements, dankte für den freundlichen Empfang. Im Anschluß wurden in einer fachlichen Diskussion Fragen der Schulverwaltung und des Spitalwesens diskutiert.

- - -